

Pressemitteilung 07/09 vom 14.09.2009



FW-Landtagsabgeordneter Piazolo und FW-Stadtrat Altmann fordern wiederholt konkrete Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im ÖPNV

Stadt und Freistaat müssen endlich unverzüglich ihre Blockadehaltung gegenüber unseren Vorschlägen aufgeben!

München, 14. September 2009 FW-Stadtrat Johann Altmann ist erschüttert und wütend: „Es müssen wohl erst noch weitere gravierende Zwischenfälle, wie am vergangenen Wochenende geben, bis sich die Verantwortlichen in der Landeshauptstadt München und beim Freistaat Bayern genötigt sehen, seit langem vorliegende sinnvolle Vorschläge aufzugreifen und die notwendigen Entscheidungen umzusetzen.“

Der Münchner Freie-Wähler-Vorsitzende und Landtagsabgeordnete Prof. Dr. Michael Piazolo wirft Politik und Behörden Versagen vor: „Der Tod dieses couragierten Münchner Geschäftsmannes am vergangenen Wochenende wäre vielleicht zu verhindern gewesen, wenn man seitens der Landeshauptstadt wie auch der Landesregierung nicht viele in der Praxis bereits erprobten Vorschläge mit fadenscheinigen Begründungen abgewiesen oder sich hinter bürokratischen Hürden versteckt hätte.“

Die Freien Wähler München fordern daher, dass die Landeshauptstadt München und der Freistaat sich endlich intensiv darum bemühen und einigen,

- dass generell sowohl für Polizeibeamte in und außer Dienst als auch für die Mitglieder der Sicherheitswacht im Dienst die Benutzung aller öffentlichen Verkehrsmittel kostenfrei geregelt wird,
- dass bei in den Aufgabenbereichen der Bayerischen Polizei wie auch der Bundespolizei entsprechende Mittel und Kräfte verfügbar sind, damit in der LH München und insbesondere für das Gesamtnetz des MVV ausreichend Personal in der Fläche vertreten ist, um eine durchgängige Präsenz zu gewährleisten und innerhalb angemessener Reaktionszeit auch außerhalb der Stammstrecke vor Ort sein zu können,
- dass die privaten Sicherheitsdienste im MVV sowohl materiell, als auch finanziell und personell entsprechend aufgestellt werden, um die staatlichen Sicherheitsorgane qualifiziert unterstützen zu können und
- dass bei der anstehenden Einführung des Digitalfunkes bei Polizei und Berufsfeuerwehr die Nutzung und Erreichbarkeit in allen Bereichen des MVV/MVG, insbesondere den unterirdischen Anlagen, möglich ist.

Wie der jüngste Vorfall in der Münchner S-Bahn zeigt, hatte Herr Dominik B. zwar offenbar alles richtig gemacht hatte, war aber zuletzt völlig schutzlos seinen Mördern ausgeliefert. Der Sicherheits- und Ermittlungsapparat funktionierte erst hinterher wie am Schnürchen. In der Statistik wird somit

Büro Stadtverband

c/o Prof. Dr. Piazolo

Pognerstraße 21

D-81379 München

Tel. 089 / 76 25 96

Fax 089 / 725 99 76

vorstand@freie-waehler-muenchen.de

Presse- u. Öffentlichkeitsarbeit

Michael Knoblach

Tel. 089 / 67 90 76 24

Fax 089 / 43 73 92 11

Mobil: 0171 / 83 37 60 2

presse@freie-waehler-muenchen.de

wiederum ein zu hundert Prozent aufgeklärtes Tötungsdelikt verbucht. Das kann und darf aber nicht das vorrangige Ziel sein!

„So wie es etwa auch das Polizeiaufgabengesetz vorsieht“, so Piazzolo, „muss

45 Prävention vor Repression gehen. Aber genau für die Vorbeugung von Straftaten und zur Verhinderung von Verbrechen wird bei weitem nicht genug getan. Vor allem fehlt es den nun reflexartig wieder ins Feld geführten Forderungen der Politik an praxistauglichen Ansätzen und wirklich effektiv zielführenden Vorschlägen!“

50 Eine vollständige Kostenfreiheit bei MVV-Fahrten für Polizeibeamte und Angehörige der Münchner Sicherheitswacht führt dagegen umgehend zu einer Erhöhung des Sicherheitsfaktors in den öffentlichen Verkehrsmitteln. Die seinerzeit vorgebrachten Argumente, dass Vollzugsbeamte in Uniform generell Freifahrt auf allen MVV-Linien hätten, während nicht uniformierten
55 Vollzugsbeamten persönliche Sondernetzkarten zur Verfügung stünden, greifen zu kurz. „Diese Sondernetzkarten“, führt Johann Altmann, der selbst Polizeibeamter in München ist, aus, „müssen von den Beamten, denen zudem nahezu alle Zulagen für den Ballungsraum München gestrichen wurden, privat erworben und bezahlt werden.“

60 Wenn potentielle Gewalt- und Straftäter jedoch jederzeit damit rechnen müssten, dass etwa Polizisten und sonstige Sicherheitskräfte auf dem Weg von und zur Arbeit sowie vor allem in ihrer Freizeit vermehrt auch den ÖPNV nutzen, schafft dies automatisch ein eindämmendes Klima.

Hinzu kommt, dass insbesondere auf den weit verzweigten Außenästen des
65 MVV-Netzes sowohl die Anzahl des vor Ort präsenten Sicherheitspersonals und vor allem die Reaktionszeiten bei weitem nicht ausreichend sind, um schnellst möglich auf Zwischenfälle reagieren zu können. Vor allem die für die Bahnstrecken und damit auch für die Münchner S-Bahn zuständige Bundespolizei ist außer im Bereich ihrer zentralen Dienststellen an Ost- und
70 Hauptbahnhof sowie am Münchner Flughafen routinemäßig kaum auf den weiteren Bahnhöfen präsent und hat für abgelegene Bahnhöfe viel zu lange Anfahrtszeiten.

Schließlich haben es auch die in der Vergangenheit immer wieder geführten Diskussionen um Ausstattung, Ausbildung und Bezahlung der privaten
75 Sicherheitsdienste im Bereich des MVV und der MVG mehr als deutlich gezeigt, dass hier ebenfalls dringender Handlungsbedarf besteht, damit diese zur Unterstützung der staatlichen Organe im Rahmen der öffentlichen Sicherheit qualitativ und quantitativ entsprechend verfügbar sind.